

Nordkoreas Atomrüstung

Das Kim-Regime will die USA erpressen

Von SEBASTIAN HARNISCH

GASTKOMMENTAR

Wenn für den Schurkenstaat Nordkorea die gleichen Regeln gelten würden wie für den Irak, dann müsste sich das US-Militär nach dem Eingeständnis eines geheimen Nuklearprogramms auf einen Zweifrontenkrieg gegen die Achse des Bösen einstellen. Ein solches Szenario auf der koreanischen Halbinsel ist in absehbarer Zukunft aber unwahrscheinlich.

Erstens würde eine parallele militärische Krise in Nordostasien der militärischen und politischen Drohkulisse Washingtons gegenüber dem Irak eher schaden als nützen. Das politische Risiko, durch die Ungleichbehandlung Bagdads und Pjöngjangs den ohnehin wenig überzeugenden innenpolitischen Kampfbegriff „Achse des Bösen“ zu verlieren, erscheint hingegen kalkulierbar.

Zweitens hat die Bush-Regierung bereits durch die späte Veröffentlichung der nordkoreanischen Offenbarung und die milde Reaktion darauf deutlich werden lassen, dass sie keinen unmittelbaren, gar militärischen Handlungsbedarf sieht.

Der dritte und wichtigste Grund ist aber, dass Washington nach den Erfahrungen in ähnlichen Krisensituationen in der Vergangenheit eine militärische Auseinandersetzung in Korea

– auch als Konsequenz aus einem amerikanischen Präventivschlag gegen nordkoreanische Massenvernichtungswaffen – für zu gefährlich hält. Auf dem Höhepunkt der Nuklearkrise im Juni 1994 schätzten US-Militärs die Zahl der Opfer in den ersten drei Monaten eines Krieges auf 52 000 US- und 490 000 südkoreanische Soldaten sowie eine enorme Anzahl von Toten in der Zivilbevölkerung und in den Reihen des nordkoreanischen Militärs. Zugespitzt formuliert führt die Nähe der Millionenmetropole Seoul zu den nordkoreanischen Artilleriestellungen an der demilitarisierten Zone zu einer „Geiselhaft“, die eine besondere Stellung Pjöngjangs in der Achse des Bösen sichert.

Eine parallele Militäraktion in Nordostasien würde der Drohkulisse Washingtons gegenüber dem Irak schaden.

Ob Nordkorea diesen besonderen Status behalten wird, ist jedoch fraglich. Nach der „Achsen-Rede“ von Präsident Bush im Januar hatte der Norden versucht, durch eine Annäherung an Südkorea und Japan den Stillstand in den Gesprächen mit Washington zu überbrücken. Diese Bemühungen wur-

den zwar durch das innerkoreanische Seegefecht im Juni dieses Jahres unterbrochen. Doch kamen beide Koreas wenig später überein, die Ministergespräche wieder aufzunehmen, die Familienzusammenführung fortzusetzen sowie endlich den bereits 2000 vereinbarten Bau einer Bahn- und Straßenverbindung ernsthaft anzugehen.

Den Weg zu einer Wiederaufnahme der seit Jahren stockenden Normalisierungsgespräche mit Japan ebnete Pjöngjang durch die Ankündigung, dass sich von ihm seit den 1970er-Jahren beheimatete japanische Terroristen „freiwillig“ den japanischen Behörden stellen würden. Auf dem historischen Gipfel am 17. September unternahm Nordkoreas Staatschef Kim Jong-il einen weiteren wichtigen Schritt, indem er die Entführung japanischer Staatsbürger in den 70er- und 80er-Jahren einräumte und damit einen zentralen Hinderungsgrund für die Normalisierung der japanisch-nordkoreanischen Beziehung entschärfte. Diese Fortschritte sind nun in Gefahr.

Sollte die Offenlegung der Entführungs- und Spionagevergangenheit gegenüber Japan Pate bei dem jüngsten „nuklearen Geständnis“ gestanden haben, so wird Pjöngjangs nukleare Flucht nach vorn nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Zwar ist derzeit noch unklar, in welchem Umfang Nordkorea gegen bestehende Vertragsverpflichtungen verstoßen hat.

Doch haben die USA und ihre Verbündeten Südkorea und Japan am Rande des Apec-Gipfels in Mexiko bereits deutlich gemacht, dass sie die bisherige Einbindungspolitik nicht ohne weiteres fortsetzen werden. Gleiches gilt für die EU als Mitglied der „Korean Peninsula Energy Development Organisation“, die seit 1995 gemeinsam mit der IAEA die Stilllegung und letztendlich die Beendigung des bisher bekannten plutoniumbasierten Nuklearwaffenprogramms sichergestellt hat.

Welcher Mix von Maßnahmen allerdings genutzt werden soll, ist derzeit umstritten. Oberste Priorität für alle Beteiligten hat die fortgesetzte Einfrierung von 8 000 Brennelementen des alten Programms, mit Hilfe deren Nordkorea innerhalb weniger Monate 5 bis 6 Nuklearsprengköpfe produzieren (und exportieren) könnte. Weiterhin werden die Verbündeten Zugang zu den verdächtigen Nuklearstandorten fordern. Ziel ist es sicherzustellen, dass das neue Urananreicherungsprogramm zumindest auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verbleibt.

Gleichwohl setzt Washington im Vorfeld möglicher weiterer Verhandlungen auf den Aufbau einer wirtschaftlichen Sanktionskulisse. Washingtons Stichwort ist hier „die Beendigung des Kedo-Prozesses durch Pjöngjang“, die die Bush-Regierung zum Anlass nehmen will, seinerseits die Lieferung von Schweröl einzustellen, umso

Druck auf den Norden auszuüben. Vorschnell hat sich auch EU-Außenpolitikkoordinator Javier Solana auf diese Position in der Hoffnung verpflichten lassen, die Anlehnung an Washington könne die Differenzen über andere Themen in den Hintergrund drängen. Anders die US-Verbündeten in der Region. Die südkoreanische Regierung insistiert auf einer Fortsetzung des Dia-

Nordkorea will die Geißel der Massenvernichtungswaffen weiterhin einsetzen, um Hilfen zu erpressen.

logs mit Pjöngjang, auch um eine Eskalation während des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes zu verhindern. Tokio nimmt derzeit eine Mittlerposition ein. Es will seine Normalisierungsgespräche fortführen, deren Abschluss aber unter anderem von der Aufgabe des geheimen Programmes abhängig machen.

Angesichts dieser Gemengelage kommt den Motiven des Kim-Regimes für den Fortgang der Krise eine große Bedeutung zu. Dabei bringt das jetzige Eingeständnis aus nordkoreanischer Sicht kaum einen Sicherheitsgewinn: Das weitere Abstreiten und die damit verbundene Unsicherheit über die

wahren Kapazitäten oder der (erfolgreiche) Test eines Nuklearsprengkopfes hätten sicherlich stärkere Wirkung auf einen potenziellen Angreifer entfaltet. Deshalb spricht alles für eine andere Annahme: Nordkorea möchte auch das geheime Programm als Tauschobjekt mit der Außenwelt einsetzen, um sein abgewirtschaftetes Regime zu refinanzieren. Als Vorbild für einen solchen „erpresserischen Tausch“ könnten den Nordkoreanern die bilaterale Vereinbarung über amerikanische Besuche am verdächtigen Nuklearstandort Kumchang-ri vom Mai 1999 oder die weitreichenden, aber letztlich gescheiterten Vereinbarungen über eine Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms im Dezember 2000 gedient haben.

Vor dem Hintergrund der bisherigen nordkoreanischen Verhandlungsstrategie macht eine solche waghalsige Flucht nach vorn Sinn, denn seit Amtsbeginn hat die Bush-Administration die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen mit Pjöngjang stetig erhöht. Aus Sicht der US-Regierung hat der Norden mit seiner „Offenlegung“ nun nachgelegt und Washington unter Zugzwang gebracht. Da das Regime aus seiner Sicht kaum etwas zu verlieren hat – es ist wirtschaftlich, politisch und humanitär bankrott –, wird es die Geißel der Massenvernichtungswaffen weiterhin einsetzen, um Hilfen zu erpressen.



Sebastian Harnisch

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Trier.